



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag CDU-Fraktion - Bergedorf Fraktion Die Linke Bergedorf öffentlich	Drucksachen–Nr.: 20-0596
	Datum: 22.10.2015 Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	29.10.2015

Unterbringung von Flüchtlingen: Dezentral statt Massenunterkünfte! - geänderte Fassung

Sachverhalt:

**Antrag der BAbg. Mirbach, Jobs, Sturmhoebel, Winkler - Fraktion DIE LINKE
Der BAbg. Noetzel, Froh, Emrich – CDU-Fraktion**

In der aktuellen Debatte um die Unterbringungen von Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, beabsichtigt die Behörde, im Gebiet des so genannten Gleisdreiecks am Mittleren Landweg Unterkünfte für bis zu 4.000 Flüchtlinge zu errichten. Offen bleibt dabei die Frage nach der Integration der Menschen, die dort hinzukommen. Es ist hinlänglich bekannt, dass Integration besonders dann erfolgreich verläuft und akzeptiert wird, wenn die Unterbringung von Flüchtlingen dezentral und in kleinen Einheiten erfolgt.

Deshalb haben die Fraktionen der Bezirksversammlung sich in der Sommerpause mit dem Bezirksamt verständigt und gemeinsam insgesamt 13 Flächen identifiziert (Drs. 20-0508 - nichtöffentlich), die -unter den gegebenen Bedingungen- für zumindest halbwegs dezentraler Öffentlicher Unterbringung von Flüchtlingen geeignet scheinen. Von diesen 13 Flächen hat die Bezirksversammlung mittels eines Antrages (20-0512) vier Flächen mit ca. 1.200 Plätzen vorgeschlagen. Eine weitere dieser Flächen steht nicht zu Verfügung. Somit liegen aber noch acht Flächen vor, die als Alternativen zum Gleisdreieck in Betracht kämen.

Damit die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge im Bezirk erfolgreich verlaufen kann und mögliche Probleme, die beim Errichten einer Massenunterkunft entstehen können, vermieden werden beschließt die Bezirksversammlung:

Petition/Beschluss:

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, sich hinsichtlich der Debatte um die Flüchtlingsunterbringung gegenüber der Behörde dafür einzusetzen, dass die geplante Unterkunft am Gleisdreieck

bezüglich der Belegungsgröße deutlich reduziert wird. Gleichzeitig stellt sich die Bezirksversammlung kurzfristig die Aufgabe, aus den bekannten Vorschlägen weitere Alternativen zu entwickeln, die der Bezirksamtsleiter der Behörde als Fläche für öffentliche Unterkünfte unterbreiten soll. Hierbei sind auch bisher noch nicht in Betracht gezogene Gewerbeflächen einzubeziehen.

Anlage/n:
